

Bürgermeister Lanninger, sowie Fraktionsmitgliedern von FWG und CDU zu der Bürgerinitiative "Kirchberg - atomwaffenfreie Zone" herangezogen werden, in denen eben diese Auffassung von der Unzulässigkeit des Eingreifens in militärische Kompetenzen des Bundes vertreten wird). Der Bebauungsplan "Kirchberg Nordwest" ist also auf Grund des rechtswidrigen Eingriffs der Stadt Kirchberg in die Bundeskompetenz bei militärischen Vorhaben zustande gekommen und somit ungültig.

klein

einsetzen an:
Büro für Friedensarbeit
Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun (06762/6075)

Spendenkonto:
Verein f. friedenspol. u. dem.
Bildung. Voba Kirchberg
BLZ 56061472 Kto 1013591
Pschkto Ffm - Sonderkonto
Hildegard Engelmann
Ktonr. 44 1898-603

- ☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOs
☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Abender:

Vor- und Nachname

Strasse/Postnummer

PLZ/Wohnort

Telefon

HUNSRÜCK - FORUM

Zeitschrift für Demokratie & Frieden

Immer auf dem Laufenden bleiben mit dem HUNSRÜCK-FORUM, der aktuellen Vierteljahrszeitschrift aus der "Militärheimat" zwischen Mosel, Nahe, Saar und Rhein. Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und "Indiskretionen" aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.

Vom 1. Blockade-Prozeß ist eine Extra-Ausgabe erschienen. Kann ab sofort bestellt werden!!



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement 12,80 DM (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

Friedens - Informationen



Nr. 24 Mai/Juni 1987

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Den ersten Schritt tun

Atomraketen
verschrotten!



Demonstration
am 13. Juni in Bonn

V.i.S.P.: Reinhard Sczech, Axel Weirich, Horst Petry.

Demo am 13. Juni in Bonn

JETZT IST DIE FRIEDENSBEWEGUNG GEFORDERT

Durch das sowjetische Eingehen auf die Null-Lösung ist eine Verhandlungsdynamik in Gang gekommen, die einen echten Abrüstungsschritt in greifbare Nähe gerückt hat. In dieser Situation ist die Friedensbewegung jetzt entscheidend gefordert. Denn: Während die Öffentlichkeit auf die Verschrottung der Cruise Missiles, Pershing II und SS20 in Europa hofft, bereiten NATO und Bundesregierung die Aufrüstung der Kurzstreckenraketen vor und wollen mit Umrüstungen und anderen Tricks dafür sorgen, daß sie keine einzige Rakete verschrotten müssen, keine Raketenbasis geschlossen und ein Abkommen verhindert wird.

Das zeigt erneut, wie wichtig das aktuelle Eingreifen der Friedensbewegung jetzt ist. Die Bürgerinnen und Bürger müssen jetzt selbst handeln. Die Regierung muß durch den Druck der Bevölkerung zur Abrüstung gezwungen werden. Nur durch das gemeinsame Handeln von uns allen können die Forderungen der Friedensbewegung Wirklichkeit werden. Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung ruft für den 13. Juni zu einer bundesweiten Demonstration der Friedensbewegung in Bonn: "ATOMRAKETEN VERSCHROTTEN - DEN ERSTEN SCHRITT TUN" auf. Sie wird nach den erfolgreichen Ostermärschen ein Höhepunkt der Aktionen sein, mit denen sich die Friedensbewegung in die aktuelle Auseinandersetzung einmischt. Auf die Politiker, die Militärs und die Rüstungsindustrie können wir nicht zählen. Wir werden uns selbst darum kümmern müssen, daß der erste Schritt für die Abrüstung getan wird.

Die "Null-Lösung" ist von der Friedensbewegung von Anfang an kritisiert worden, weil die NATO sie als Täuschungsmittel gegenüber der Öffentlichkeit benutzt hat, indem sie andere Europa bedrohende Atomwaffen ausklammerte und damit zugleich der Sowjetunion ein unseriöses Angebot unterbreitete.

Die weiterhin berechtigte Kritik an der Unzulänglichkeit der "Null-Lösung" muß aber heute umgesetzt werden in politischen Druck für ein Abkommen über die Mittelstreckenraketen.. Dies kann den Durchbruch zur Abrüstung bringen und bietet damit die Chance, daß mit der Befreiung Europas von allen Atomwaffen begonnen wird. Ein solches Abkommen kann die Perspektive eines atomwaffenfreien Europas eröffnen. Für die Realisierung eines solchen ersten Schrittes hin zur realen Abrüstung gilt es jetzt zu kämpfen.

Dafür geht die Friedensbewegung in diesem Frühsommer auf die Straße, mit der Blockade der Cruise-Missiles Basis Hasselbach am 28. und 29. Mai, mit der Stafette der Sportlerinnen und Sportler für den Frieden vom 12.- 28. Juni. Die Mobilisierungsbereitschaft dafür wächst vor Ort von Tag zu Tag. Wichtig ist aber jetzt vor allem, in den verbleibenden Tagen vor dem 13. Juni viele Menschen anzusprechen, sie zu informieren, sie zu überzeugen für die aktive Unterstützung unserer Forderungen an die Bundesregierung. Es müssen noch mehr Menschen für die Demonstration gewonnen werden. Den Aufrüstungsbefürwortern muß ein unübersehbares Zeichen entgegengesetzt werden.

Die Aktionen am 13.6. in Bonn beginnen morgens um 11 Uhr mit den Auftaktkundgebungen und dem anschließenden Marsch zum Kundgebungsgelände in der Innenstadt. Für die Demonstration bittet der Koordinierungsausschuß dringend um Spenden auf das Spendenkonto Gerd Greune, Sonderkonto "Frieden" bei der Sparkasse Bonn, BLZ 38050000, Kontonummer 87783. Weitere Informationen gibt es beim:
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Strasse 20, 5300 Bonn 1,
Telefon: 0228/692904/05, auch Materialien, Plakate und Faltblätter.

INFORMATION ZUR BLOCKADE DER CRUISE-MISSILES-STATION IN HASSELBACH

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Am 28. und 29. Mai werden wir die Cruise-Missiles-Station bei Hasselbach gewaltfrei blockieren. Wir wissen, daß die Staatsanwaltschaft Bad-Kreuznach diese Blockade als "verwerfliche Gewaltanwendung" verfolgen wird. Diese Stafandrohung schreckt uns nicht ab.

Warum gehen wir dieses Risiko bewußt ein?

Diese Raketenstation ist ein Ort des Todes. Jede Cruise-Missile trägt die zehnfache Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe. Von diesem Ort geht eine unvorstellbare Gewalt aus, mit der Natur und Mensch bewußt bedroht werden.

Die Bundesregierung weigert sich, von dieser Todes- und Bedrohungspolitik Abschied zu nehmen, trotz unseres Protestes, unserer Bitten und Appelle, unserer Gebete und Aktionen.

Die Sowjetunion und auch die USA sind bereit, diese und weitere Raketen kürzerer Reichweite zu verschrotten. Die Bundesregierung blockiert diesen Abrüstungsprozeß. Sie glaubt, die verbleibenden 4000 atomaren Sprengköpfe reichen nicht aus, den Gegner weiterhin zu bedrohen. Was für ein Denken!

Diese Gewalt wollen wir überwinden. Von solchen Mordwaffen wollen wir uns nicht "schützen" lassen. Wir wünschen ihre Verschrottung. Die Cruise-Missiles-Station muß geschlossen werden! Dafür werden wir uns vor die Tore der Station setzen und sie gewaltfrei mit unseren Körpern einschließen.

Die gleiche Bundesregierung, die den Abrüstungsprozeß behindert, plant ein Sondergesetz, das die gewaltfreie Blockade von Atomraketenbasen besonders unter Strafe setzt. Sie hält die gegenwärtige Verurteilungspraxis (bis zu 3000 DM Geldstrafe) nicht für ausreichend. Die Bundesregierung hält uns für gewalttätige Menschen.

Wir laden Sie ein, sich selbst ein Urteil zu bilden. Besuchen Sie uns am Stationierungsgelände. Wir freuen uns auf ein Gespräch mit Ihnen. Informieren Sie sich selbst und unterstützen Sie auf Ihre Weise den Abrüstungsprozeß.

Hunsrücker Blockadegruppe in der

FRIEDENSINITIATIVE RHEIN-HUNSÜCK-MOSEL v.i.S.d.P.: Benno Kisters, Manubach

Sowjetische Friedensfreunde in Kastellaun

Auf Einladung des Vereins für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V. hielten sich am Montag, dem 11.5., zwei Vertreter der sowjetischen Friedensbewegung im Hunsrück auf. Nach einer Besichtigungsfahrt der militärischen Einrichtungen im Hunsrück traf man sich im 'Tivoli', Kastellaun, zu einem Informationsgespräch.

Vor etwa 50 - 60 interessierten Besucherinnen und Besuchern unterrichteten die sowjetischen Gäste über den Aufbau und die Arbeit des Friedenskomitees der Sowjetunion sowie über die neue Politik der sowj. Regierung. Sie unterstrichen dabei die Unabhängigkeit des sowj. Friedenskomitees. In der anschließenden Diskussion, die in freundlicher Atmosphäre verlief, wurden auch kritische Fragen gestellt.

Sicher konnten nicht alle Meinungsverschiedenheiten an diesem Abend ausgeräumt werden, doch einhellige Meinung war: Man darf den Kontakt nicht abreißen lassen. Deshalb auf vielfachen Wunsch nachfolgend nachmals die Adresse des Sowj. (ukrainischen) Friedenskomitees.

VITALY PANKOVSKY
Senior Secretary
Ukrainian Republican Peace Committee

5a KIROV Str. Office phones: 293-60-28
252021, KIEV-21, 293-84-71
U.S.S.R.

UKRAINISCHES
REPUBLIKANISCHES FRIEDENSKOMITEE

252021 KIEW-21 Tel. 93-60-28
KIROV Str. 5a 93-84-71
UdSSR

An gleicher Stelle findet am 1. Juni um 20.00 Uhr eine Info- und Diskussionsveranstaltung mit einer Vertreterin der amerikanischen Friedensbewegung statt.

Horst Petry

BRIEF AN WALTRUD WILL-FELD, CDU MdB

Bell, den 10.5.87

Sehr geehrte Frau Will-Feld,

Sie haben mir in Ihrem letzten Schreiben große Hoffnungen auf einen Erfolg bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen gemacht. Die Äußerungen Ihrer Parteifreunde Manfred Wörner, Franz-Josef Strauß und Bundeskanzler Helmut Kohl in den letzten Tagen stehen im krassen Gegensatz dazu und haben mich tief enttäuscht - um nicht zu sagen entsetzt.

Minister Wörner hat die Hunsrücker glatt belogen. In einer Bürgerinformation teilte er den Hunsrückern schriftlich mit: "An der Bereitschaft des Westens, alle Mittelstreckenwaffen abzuschaffen, fehlt es nicht. Allerdings muß dies auf beiden Seiten geschehen."

Genau diese Forderung des Verteidigungsministers hat die Sowjetunion nun akzeptiert. Ronald Reagan will dem zustimmen. Sie können sich vorstellen wie ich mich als Deutscher für unsere Regierung schäme, nun von amerikanischen Freunden gefragt zu werden, warum sich unser Land gegen diesen historisch einmaligen Abrüstungsschritt wehrt.

Die Nachrichten des amerikanischen Militärsenders AFN meldeten am 7. Mai 1987: "NATO und Wahrschauer-Pakt sind sich grundsätzlich über einen vollständigen Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa einig. Lediglich die Bundesrepublik Deutschland wehrt sich gegen ein solches Abkommen."

Als Bundestagsabgeordnete dieses Wahlkreises sind Sie sehr gut über die Ängste und Sorgen der Bevölkerung informiert - auch darüber, daß selbst nach dem vorgeschlagenen Abrüstungsabkommen hunderte Atomsprengköpfe der NATO in diesem Wahlkreis bleiben - immer noch viel zu viele - ein grauenhaftes Zerstörungspotential.

Die Atomraketen in Hasselbach dürfen nicht gegen andere ausgetauscht werden, die etwas kürzere Reichweiten haben. Mir fehlen die Worte um meine Enttäuschung über die Position der Bundesregierung zu beschreiben.

Ich bitte Sie dringend sich für ein umfassendes Abrüstungsabkommen einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Sczech

- Presseerklärung -

Wegen des Verdachts der "öffentlichen Aufforderung zu Straftaten" wurden am Morgen des Donnerstag, dem 21. Mai 1987, die Räume von Horst Petry in Pfalzfeld/Hunsrück auf Anordnung der Bad Kreuznacher Staatsanwaltschaft durchsucht. Horst Petry ist Redakteur des HUNSRÜCK-FORUMs und betreibt zugleich die Druckerei, in der die Zeitschrift hergestellt wird. In der beschlagnahmten Ausgabe hatte Horst Petry einen informativen Artikel über die Gründung einer Volkszählungs-boikott-Initiative im Hunsrück beschrieben. Unter anderem berichtete er: "...Erste wichtige Schritte beim Boykott sind nach Auffassung der Initiative, den erhaltenen Fragebogen 'unkennlich' zu machen (die 7stellige Erkennungsnummer herauszuschneiden) und zum 'Boykottbüro' zu schicken/bringen." Diese Information über die Arbeit der Initiative reicht der Staatsanwaltschaft offenbar aus, um dem Berichterstatte ebenfalls den Vorwurf der Aufforderung zu einer Straftat zu machen. Offenbar wertet die Bad Kreuznacher Staatsanwaltschaft schon einen Bericht über einen möglichen Boykott als verfolgungswürdige Straftat. Die Redaktion des HUNSRÜCK-FORUMs wertet das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als ungeheuerlichen Eingriff in die Pressefreiheit: "Auch dieser Versuch der Staatsanwaltschaft, mit Ermittlungen aller Art das Wirken des HUNSRÜCK-FORUMs zu behindern, wird scheitern. Bisher jedenfalls mußten alle Ermittlungsverfahren gegen uns eingestellt werden. Das HUNSRÜCK-FORUM wird weiterhin über die Militarisierung unserer Heimat berichten - auch wenn es so manchen in den Behörden nicht passen mag."

Mit freundlichen Grüßen
Redaktion HUNSRÜCK-FORUM

Beschluß

- 4 Gs 154/87 -

In der Ermittlungssache

gegen

Horst Petry

geb. am 2. Juni 1947 in Pfalzfeld,
wohnhaft in 5449 Pfalzfeld, Hausbayerstr. 4,

wegen

Vergehen des öffentlichen Aufforderns zu Straftaten

wird gem. den §§ 94 II, 98 I, 102, 105 StPO auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach die Durchsuchung der Wohn-, Geschäfts- und sonstigen Räume

- a) des Beschuldigten Horst Petry und der diesem gehörenden Sachen
- b) der Druckerei Horst Petry in Pfalzfeld, Hausbayerstr. 4,
- c) der Büroräume der Volkszählungs-Boykott-Initiative in Kastellaun, Bopparder Str. 25

angeordnet, da zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln, insbesondere der zu beschlagnahmenden Druckschrift sowie der bereits abgelieferten Erhebungsbögen führen wird (§§ 94 Abs. 2, 98 Abs. 1, 102, 105 StPO).

Darüberhinaus wird die allgemeine Beschlagnahme der Druckschrift: "Huns-rück-Forum" Nr. 16, April - Juni 1987, der zur Herstellung der Druckschrift gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen wie Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matrizen, soweit sie sich im Besitz der bei ihrer Verbreitung oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich ausgelegt oder beim Verbreiten durch Versenden noch nicht dem Empfänger ausgehändigt worden sind, angeordnet.

Die Beschlagnahme der Exemplare der vorbezeichneten Druckschrift kann dadurch abgewandt werden, daß der Beitrag "Volksaushorchung-Mein Dankel" auf Seite 3 entfernt wird.

Nach den bisherigen Ermittlungen besteht der hinreichende Verdacht, daß sich der Beschuldigte durch den Boykottaufruf eines durch Verbreitung eines Druckwesens begangenen Vergehens des öffentlichen Aufforderns zu Straftaten nach § 111 StGB strafbar gemacht hat. Der Aufruf enthält nämlich die an eine unbestimmte Vielzahl von Personen gerichtete konkrete Aufforderung, die im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehenden Erhebungsbogen für die Volkszählung durch Abtrennen der Er-

kennungsnummer unbrauchbar zu machen und damit in ihrer Substanz zu beschädigen. Das Verhalten, zu dem in dem Boykottaufruf aufgefordert wird, erfüllt damit den Tatbestand der Sachbeschädigung (§ 303 StGB).

6540 Simmern, 18. Mai 1987/to

Das Amtsgericht Simmern

Klisch



Premiere verschoben!

Die Uraufführung des neuen Theaterstückes der BERLINER COMPAGNIE "Countdown in Hasselbach" mußte leider verschoben werden. Die Premiere findet nicht wie im letzten Friedens Info angekündigt am 3. Juli statt sondern voraussichtlich erst im September. Den genauen Termin und Ort geben wir noch bekannt. Die Uraufführung mußte verschoben werden, da die Leute von der BERLINER COMPAGNIE mit dem Regisseur nicht klar kamen und nun erst einen neuen finden müssen. Die Premiere findet aber auf jeden Fall im Hunsrück statt.

Axel

SPD: SPENDE ZUM OSTERMARSCH

Die SPD Kreistagsfraktion hat mit einer Spende von 1.767,-DM den Hunsrücker Ostermarsch 1987 unterstützt. Wir baten die SPD - wie andere Parteien - um finanzielle Unterstützung der Friedensarbeit im Hunsrück. Die einzelnen Mitglieder der Kreistagsfraktion haben ihre Sitzungsgelder gespendet, um damit die Unkosten für das große Zelt für den Ostermarsch zu übernehmen. Genau 1.767,-DM.

Herzlichen Dank !

VERFAHREN GEGEN RICHTER UND STAATSANWALT ?

Dienstag, 5. Mai 1987, Tivoli Kastellaun: Kohls Kanzleramtsminister Schäuble spricht. So richtige Stimmung will bei den anwesenden CDU'lern nicht aufkommen. "Den Bauern ist am besten geholfen wenn Sie weiter treu CDU wählen". Kein wirksames Hilfsprogramm für Bauern, denen das Wasser bis zum Hals steht. Das merken selbst einige CDU-Mitglieder. "Kohl'scher Kappes". Im Fußball würde man sagen: "Zweite Kreisklasse". Leider steht der Mann, der da so wenig zu sagen weiß, im Machtzentrum der Bundesrepublik Deutschland.

Dann meldet sich ein "braver" CDU-Mann zu Wort: Unerhörtes sei im Hunsrück vorgekommen. "Da war ein Gerichtsprozess", es ging um "eine Blockade der Raketen in Hasselbach da oben", wurde wegen des hohen Besucherandranges in die Hunsrückallee verlegt und wurde "ich möchte mal sagen ein Schauprozeß".

Nach der Urteilsverkündung hätten die "Richter sowie Staatsanwalt, beide noch sehr jung" (für einen braven CDU'ler schon verdächtig) "die Robe ausgezogen, Sympathie für die Angeklagten geäußert und sich offen als Pazifisten zu erkennen gegeben."

Weiter: "Das macht mir große Angst, soweit ist es schon bei uns, daß ist doch der Marsch durch die Institutionen, wenn Straftaten von Richtern unterstützt werden." Der Mann wollte wissen was denn wohl der Kanzleramtsminister zu den "Vorgängen im Hunsrück sagt."

Dieser hatte eine Empfehlung parat: "Wenn die Vorgänge wirklich so sind wie Sie mir jetzt geschildert werden, empfehle ich überprüfen zu lassen, ob gegen den Richter und Staatsanwalt nicht ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden kann."

Es sei schon schlimm gekommen in unserem Land, da müsse man hart durchgreifen, denn "die SPD-Jugendorganisationen machen an den Universitäten Koalitionen mit Anarchisten, Kommunisten und Terroristen". Später finde man dann solche Studenten als Richter und Beamten wieder.

"Also wie gesagt, wenn die Vorgänge wirklich so sind wie Sie mir von Ihnen geschildert wurden, sollte überprüft werden, ob hier nicht ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden kann."

Schäuble führte weiterhin aus, daß man peinlich genau darauf achten werde, ob auch gegen alle bei der Blockade in Mutlangen beteiligten Richter ein Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Von den zuständigen Länderministerien werde alle 14 Tage ein Bericht angefordert.

Gegen die Doppelte Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen sprach sich Schäuble auch aus. Nur die dann fällige "Nachrüstung" wollte er "so einfach nicht" gelten lassen. Man merkte deutlich das Problem des Kanzleramtsministers: Wie bestellt man neue Raketen, ohne daß es jemand merkt ?

Die Quittung folgte am Wahlsonntag bei den Landtagswahlen: Kräftige Stimmenverluste für die CDU.

Reinhard Sczech

Jutta Dahl
MEMBER OF MUNICIPAL PARLIAMENT
Hintere Gasse
D-5449 Bell
West Germany

May 10, 1987

To the
PRESIDENT OF THE UNITED STATES
MR. RONALD REAGAN
Washington, DC 20510

U S A

ÜBERSETZUNG

Sehr geehrter Herr Präsident,

Wir schreiben Ihnen diesen Brief, um Ihnen unsere Sorge über die gigantischste Konzentration von Kernwaffen in der Geschichte und unsere Hoffnung auf einen deutlichen Schritt zur Abrüstung mitzuteilen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland über die gemeinsamen Abrüstungsbemühungen der USA und der UdSSR im Bereich der Mittel- und Kurzstreckenraketen.

Wir sind empört über das Zögern unserer Regierung, diesen für unser Land so außerordentlich wichtigen Abrüstungsschritt zu unterstützen. Darüber hinaus betrachten wir mit Sorge, daß in den USA der Eindruck entstehen könnte, das deutsche Volk wolle diesen Abrüstungsschritt verhindern.

Letzte Meinungsumfragen haben ergeben, daß 92% aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland die Null-Lösung fordern (Der Spiegel Nr. 18/1987, S. 63). Auch weite Teile des christ-demokratischen Lagers teilen diesen Wunsch nach der Null-Lösung.

Wir wohnen in der unmittelbaren Nähe der Cruise Missile - Basis "Wüschheim" in Rheinland-Pfalz. Mehr als an jedem anderen Ort unseres Landes leben die Menschen hier in Angst vor der nuklearen Gefahr. Besonders unsere Jugendlichen sind entmutigt und sehen wenig Chancen für ihre Zukunft.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen, die hier wohnen, hoffen auf nukleare Abrüstung.

Wir bitten Sie: Lassen Sie sich vom Zögern unserer Regierung nicht beeindrucken. Setzen Sie ein epochales Zeichen, tun Sie den ersten wirklichen Abrüstungsschritt seit dem 2. Weltkrieg. Verwirklichen Sie die Null-Lösung im Bereich der Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa.

Joachim Mertes (MdL Rheinland-Pfalz)
Willi Zimmer (Bürgermeister, Hundheim)
Rudolf Gewehr (Ortsvorsteher, Bell)
Gerhard Lorenz (1. Beigeordneter, Bell)
Jutta Dahl (Gemeinderat, Bell)

To the
SENATE OF THE UNITED STATES
Senate Minority Whip
Mr. Alan K. Simpson
Capitol, Room S-229
Washington, DC 20510
USA

To
MRS. NANCY REAGAN
WHITE HOUSE
Washington, DC 20510
USA

To the
SENATE OF THE UNITED STATES
Senate Majority Leader
Mr. Robert C. Byrd
Capitol, Room S-221
Washington, DC 20510
USA

To the
SENATE OF THE UNITED STATES
Senate Majority Whip
Mr. Alan Cranston
Capitol, Room S-148
Washington, DC 20510
USA

Dear Mrs. Reagan,

We write this letter
concentration of

To the
U. S. HOUSE OF REPRESENTATIVES
House Minority Whip
Mr. Trent Lott
Washington, DC 20515
To the
VICE PRESIDENT OF THE UNITED STATES
MR. GEORGE BUSH
Washington, DC 20510
USA

Dear Mr. Cranston,

We write this letter to bring before you our concentration of nuclear power in human history step towards disarmament.

With great attention

about the efforts

Medium Range Mi

We are highly i

exceptionally im

concerned that

disarmament ne

Latest opinion f

German

To the
U. S. HOUSE OF REPRESENTATIVES
House Speaker
Mr. Jim Wright
Washington, DC 20515
USA

To the
U. S. HOUSE OF REPRESENTATIVES
House Majority Leader
Mr. Thomas S. Foley
Washington, DC 20515
USA

To the
U. S. HOUSE OF REPRESENTATIVES
House Majority Whip
Mr. Tony Coelho
Washington, DC 20515
USA

Dear Mr. Wright,

...ueschheim" in
er place in our country,
Our youth especially

disarmament.
We ask you not to let yourself be impressed by our government's epoch-making sign by taking the first real step towards disarmament.

War II.
Make the zero option for Medium Range Missiles as well as Short Range Missiles in Europe come true.

To the
SENATE OF THE UNITED STATES
Senate Minority Leader
Mr. Robert Dole
Capitol, Room S-230
Washington, DC 20510
USA

Joachim Mertes (Member of Rhineland-Palatinate Parliament)
Willi Zimmer (Mayor, Hundheim)
Rudolf Gewehr (Mayor, Bell)
Gerhard Lorenz (Deputy Mayor, Bell)

J. Dahl

Jutta Dahl (Member of Municipal Parliament, Bell)

ANWESEND: Stromberg, Kastellaun, Bacharach, Emmelshausen, Kirchberg

1.) Bekanntgabe der nächsten Blockadeprozeßtermine:

25. Mai 1987, 9.30 Uhr: Math-Inge Huth, Koblenz
Hilde Brück, Gördenroth
Erika Wagner, Caan (Westerwald)
Hans-Dietrich Fricke, Koblenz

3. Juni 1987, 9.30 Uhr: Detlef Beck, Neuß
.....
.....

2.) Blockade am 28./29. Mai

- auf dem Beller Markt wird es ein Info-Zelt geben.
Auf- und Abbau will der Stammtisch Emmelshausen übernehmen.
- Für Übernachtungen steht der Beller Markt als Zeltplatz zur Verfügung, sowie das Gemeindehaus Bell. Koordination: Renate Fuchs, Tel.: +6763-2213
- Unterstützer während der Blockade bitte im Friedensbüro melden, damit wir einen Überblick bekommen. Tel.: 06763-6075

3.) Großdemo am 13. Juni 1987

- Faltblätter zur Demo sollen im Friedensbüro abgeholt werden und über die Stammtische verteilt werden (Stammtische bitte für die Bestellung in Bonn die Stückzahl durchgeben!) Probeexemplare werden den Stammtischen zugeschickt.
- Fahrt nach Bonn am 13.6.: Stammtische sollen die Durchführung besprechen, Rückmeldung zur Koordination ans Friedensbüro

4.) Druck auf Bonn wegen Abrüstung:

Benno fordert die Stammtische auf, Unterschriftensammlungen zum Thema "doppelte Nulllösung" durchzuführen, Appelle, Anzeigen oder offene Briefe in der Presse zu veröffentlichen, um Druck auf die Regierung auszuüben, um die einmalige Chance zur Abrüstung nicht zu verpassen. Auch das Gespräch mit Nachbarn und Kollegen sollte nicht vergessen werden.

Bereits geschrieben worden sind Briefe an Regierungsmitglieder mit Unterschriftenlisten, Briefe an Journalisten, die bereits einmal über den Hunsrück und die Raketen berichtet haben, in denen die aufgefordert werden dieses immer wieder neu zu tun.

Außerdem wurden Briefe an Senats- und Kongressmitglieder in den USA verschickt, in denen steht, daß nicht alle Deutschen so denken wie unser Bundeskanzler.

Geplant ist der Druck einer Postkarte mit dem Motiv der Kuh auf Lore Kneips Scheune, um auf ihr möglichst viele Politiker aufzufordern, sich eindringlich für die Abrüstung einzusetzen.

Geträumt wird von einer originellen Aktion von Hunsrückern in Bonn. (Einigermaßen praktikable Träume bitte melden!)

5.) Vereinssitzung

Am 16. Mai hatte Heidrun ihren vorläufig letzten Arbeitstag im Friedensbüro. Beate wird mit einem 12-Std.-Einsatz versuchen, nicht alles ganz zusammenbrechen zu lassen. Für die Dauer von Heidruns Abwesenheit (ca. 11 Monate) wird nach einer Person gesucht, die quasi Heidrun ganz vertritt mit einer 20-Stunden-Stelle.)

Ansonsten werden immer wieder Leute gesucht, die sporadisch oder regelmäßig im Friedensbüro mithelfen können. (Bitte im Friedensbüro Bescheid geben.)

Es wurde auch vorgeschlagen, überschaubare Arbeitsbereiche, wie z.B. die Verschickung von Materialien oder das Ordnen und "Auf-dem-Laufenden-Halten" der Presstextsammlung oder die Überarbeitung der Diaserie ganz an Personen weiterzuleiten, die regelmäßig abends von 18.00 - 20.00 Uhr Dienst im Friedensbüro tun, wie z.B. Werner am Dienstagabend oder Claus-Hein am Mittwochabend..

6.) Protokoll zum Delegiertentreffen / Friedensinfo

Das Protokoll der Delegiertentreffen soll in Zukunft im Friedensinfo gedruckt werden, so daß es eine weitere Verbreitung findet. Das Friedensinfo soll ab sofort möglichst monatlich erscheinen. Redaktionssitzungen sind jeweils am letzten Mittwoch des Monats um 19.00 Uhr im Friedensbüro. Mitarbeit ist jederzeit erwünscht.

7.) Hunsrückforum Extra:

Über den ersten Blockadeprozeß wird eine Dokumentation erstellt, die als Hunsrück-Forum Extra erscheinen wird. Sie soll bis Ende Mai vorliegen.

8.) Diaserie:

Die Diaserie über die Militarisierung und Friedensarbeit im Hunsrück müßte dringend erneuert werden. Wer hätte Zeit und Lust mitzuhelfen? Bitte im Friedensbüro melden.

9.) Sonstiges:

Martin Singe von der I.K.v.u. fragt an, ob es hier im Hunsrück eine Möglichkeit zur Abhaltung eines Kongresses am ersten Samstag im Dezember gibt. (Hunsrückhalle, Schulen?)

Eine Gruppe von Straßenmusikanten macht eine Fahrradtour und fragt an, ob sie hier im Hunsrück Station machen sollen.
Evtl. zur Zeit des Beller Marktes? Eigenes Zelt?

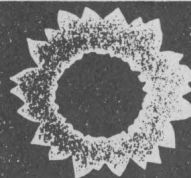
Ab sofort neue Öffnungszeiten im Friedensbüro:

Montag: 9.00-13.00 und 18.00-20.00 Uhr
Dienstag: 9.00-13.00 und 18.00-20.00 Uhr
Mittwoch: 18.00-20.00 Uhr
Donnerstag: 18.00-20.00 Uhr
Freitag: 9.00-13.00 und 18.00-20.00 Uhr

++termine+++termine+++termine+++termine+++termine+++termine+++

Do. 28. Mai Blockade der Cruise Missile Station Hasselbach
Fr. 29. Mai Blockade der Cruise Missile Station Hasselbach
So. 31. Mai 16.30 Uhr Friedensgebet an der Raketenstation
Anschließend im Beller Gemeindesaal
Gespräch mit Sabine Stange, Kassel (Buch:
"Militärheimat Hunsrück")
Mo. 1. Jun. 20.00 Uhr Infoabend mit Suzann Schmitt von
der US-Friedensbewegung im Schloßhotel
Kastellaun
Mi. 3. Jun. 9.30 Uhr Blockadeprozess Simmern
Fr. 5. Jun. 19.30 Uhr Delegiertentreffen im Friedensbüro
Mi. 24. Jun. 19.00 Uhr Redaktionssitzung Info
Sa. 13. Jun. GROSSDEMO IN BONN

++ermine+++termine+++termine+++termine+++termine+++termine+++



DIE GRÜNEN RHEINLAND — PFALZ

Axel Weirich

Simmerner Str. 53
6544 Kirchberg, 29.3.87

An die
Verbandsgemeindeverwaltung

6544 Kirchberg

Hiermit lege ich gegen den ausliegenden Bebauungsplan "Kirchberg Nordwest" Einspruch ein.

Begründung: Ursprünglich war Kirchberg gar nicht als Standort für eine weitere Wohnsiedlung für Angehörige ausländischer Stationierungstruppen vorgesehen. Erst auf ein Schreiben des Verkehrsvereins, in dem der Stadtrat aufgefordert wird, sich um eine weitere Wohnsiedlung in Kirchberg zu bemühen, ist der Stadtrat an die zuständigen Stellen herantreten und hat die Berücksichtigung Kirchbergs als Standort einer weiteren Wohnsiedlung erzwungen.

Laut Aussage Herrn Schnells vom Staatsbauamt Idar-Oberstein am 13.5.1986 während der Bürgerversammlung, handelt es sich bei der geplanten Wohnsiedlung um eine militärische Anlage (Herr Schnell wörtlich: "Ja, das ist eine militärische Anlage." Später: "Es handelt sich um eine Anlage, die der Landesverteidigung dient").

Das bedeutet, die Stadt Kirchberg ist in einer Angelegenheit aktiv geworden, die nicht in der Selbstverwaltungskompetenz der Kommune lag und hat in unzulässiger Weise in die alleinige Kompetenz des Bundes bei militärischen Vorhaben eingegriffen (zum Vergleich sollten die Ausführungen von Herrn